

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Dr. Stefan Taschner (GRÜNE)**

vom 8. Februar 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 9. Februar 2024)

zum Thema:

Nachfragen zu Drucksache 19/17908: Solarpflicht - Wie viele Dächer wurden 2023 zum Glitzern gebraucht

und **Antwort** vom 21. Februar 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. Februar 2024)

Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Energie und Betriebe

Herrn Abgeordneten Dr. Stefan Taschner (Bündnis 90/Die Grünen)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/18189

vom 08.02.2024

über Nachfragen zu Drucksache 19/17908: „Solarpflicht - Wie viele Dächer wurden 2023 zum Glitzern gebraucht“

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten: Es ergeben sich Nachfragen zu Drucksache 19/17908

1. Wie viele Befreiungsanträge wurden seit Inkrafttreten der Solarpflicht bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe gestellt? Bitte nach Bezirk, Begründung des Antrags und Genehmigung/Ablehnung auflisten.

Zu 1.:

Im Zeitraum vom Inkrafttreten des Solargesetzes Berlin am 01.01.2023 bis zum 31.12.2023 wurden 98 Befreiungsanträge gestellt. Hiervon wurden bisher jedoch 21 Anträge zurückgezogen, da entweder ein Ausnahmetatbestand einschlägig war oder bei Bestandsgebäuden die Nettodachfläche Null Quadratmeter betrug und damit keine geeignete Dachfläche für Photovoltaikmodule vorhanden war. Aufgrund der erforderlichen Mitwirkung durch die Antragstellenden und auch Verzögerungen in der Planung und/oder Ausführung der Bauvorhaben sind noch nicht alle Befreiungsanträge für das Jahr 2023 final bearbeitet.

Für das aktuelle Jahr 2024 sind bereits zwölf Befreiungsanträge (Stand 16.02.2024) eingegangen, die noch in Prüfung sind.

Die Antragstellenden begründen die Befreiungsanträge im Wesentlichen damit, dass die Solarpflicht nicht vollumfänglich erfüllt werden kann. Bei Neubau-Vorhaben wird dies in der Regel mit einer Verschattungssituation begründet oder mit zwingenden technischen Aufbauten, die die verfügbare Dachfläche mindern.

Daten über die jeweiligen Bezirke, in denen die Bau-Vorhaben stattfinden, werden nicht abgefragt, da diese nicht entscheidungsrelevant sind.

Berlin, den 21.2.2024

In Vertretung

Dr. Severin F i s c h e r

.....

Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Energie und Betriebe